

DAS POTENZIAL der Windkraft schätzen viele Kommunen hoch ein. Sie wollen auch in ihrer Umgebung den Ausbau vorantreiben.

02 MEHR SONNENSTROM IM NETZ

Pfalzsolar bringt Ende 2011 drei neue Solarparks ans Netz.

03 ENGAGEMENT FÜR WINDKRAFT

Nachgefragt: Welche Chance bietet Windkraft Kommunen in der Region?

05 EFFIZIENTES STRASSENLICHT

Professor Tran Quoc Khanh erläutert das Potenzial von LED-Leuchten.

08 EEG-ANLAGEN ANS NETZ

Wie Netzbetreiber die Herausforderung neuer regenerativer Anlagen lösen.



partner

DER NEWSLETTER FÜR KOMMUNEN

06_2011

Liebe Leserinnen und Leser,



laut Prognose der Internationalen Energieagentur wird der weltweite Energieverbrauch in den kommenden Jahrzehnten drastisch steigen. Damit sich gleichzeitig der CO₂-Ausstoß nicht massiv erhöht, müssen Regierungen stärker als bisher auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen. Deutschland will dabei als Vorbild auftreten und zeigen, dass sich Energiewende und wirtschaftliche Stärke nicht ausschließen. Doch die Politik kann nur den Rahmen vorgeben, für die Umsetzung in den Regionen stehen Energiedienstleister wie die Pfalzwerke bereit. Wir erfüllen diese Aufgabe vor Ort schon seit vielen Jahren:

Investitionen in regenerative Anlagen und ein modernes Stromnetz belegen das. Die enge Zusammenarbeit mit Kommunen, Landkreisen, Unternehmen und den Bürgern ist uns dabei sehr wichtig. Denn die Aufgabe Energiewende lässt sich nur gemeinsam lösen – wenn alle Akteure ihre jeweiligen Stärken ins Spiel bringen. Wo wir unser Energie- und Netz-Know-how zur Verfügung stellen, erfahren Sie in dieser Ausgabe des *partner*.

Ihr René Chassein,
Vorstandsmitglied der Pfalzwerke



STROM FÜR BIS ZU 600 Haushalte produziert der Solarpark in Großlittgen nördlich von Trier.

Mehr Solarstrom für die Region

Fotovoltaikstrom lohnt sich auch künftig für Anlagenbetreiber. Davon sind Experten überzeugt. In der Region werden bis Jahresende drei neue Großanlagen Ökostrom in das Netz einspeisen.

Anfang 2012 sinkt die Vergütung für Solarstrom um 15 Prozent. Das hat die Bundesnetzagentur bereits bekannt gegeben. Dennoch bleiben Fotovoltaikanlagen weiterhin für Betreiber attraktiv, wie Studien belegen. Eine Prognose des Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) prognostiziert zum Beispiel: Die Kosten für eine Kilowattstunde Strom aus Fotovoltaikanlagen werden während der kommenden Jahre drastisch sinken und die Förderung durch die EEG-Umlage wird überflüssig. Der Leiter des Instituts, Professor Eicke Weber, hält es daher für wahrscheinlich, dass die Foto-

voltaik 2020 rund 15 Prozent des deutschen Strombedarfs decken könnte – sofern die technische Entwicklung künftig auch so schnell voranschreitet wie bisher.

ZUM WEITEREN AUSBAU hat in den vergangenen Monaten die Pfalzwerke-Tochtergesellschaft Pfalzsolar ebenfalls einen Beitrag geleistet. In Großlittgen bei Trier und in der Nähe von Germersheim haben die Experten innerhalb kurzer Zeit zwei Solarparks gebaut.

Beim Projekt in Germersheim galt es, eine besondere Aufgabe zu lösen. Denn das Solarkraftwerk steht auf der ehemaligen Mülldeponie „Deponie Berg“. Die Fachleute von Pfalzsolar mussten zum Beispiel eine maximale Rammtiefe bei der Unterkonstruktion strikt einhalten, um den sogenannten Deponiekörper nicht zu beschädigen. Mit einer

Leistung von rund 464 Kilowatt peak produziert das Sonnenkraftwerk so viel Strom, wie etwa 130 Durchschnittshaushalte in einem im Jahr verbrauchen.

In Großlittgen sind die Dimensionen etwas größer. Die dort installierte Anlage verfügt über eine Modulfläche von etwa 15.500 Quadratmetern und ist damit in etwa so groß wie zwei Fußballfelder. Ihre maximale Leistung bei optimalen Bedingungen beträgt rund 2,2 Megawatt (MW). Der dort erzeugte Strom reicht aus, um nahezu 600 Durchschnittshaushalte mit Ökostrom zu versorgen und jährlich fast zwei Tonnen CO₂ einzusparen.

Pfalzsolar arbeitet mit der Bürgerservice Trier GmbH bei einem weiteren Projekt zusammen. Die beiden Partner errichten bis zum Jahresende einen weiteren Solarpark in Brimingen mit 1,9 MWp.

... DIALOG INFO

Fragen rund um das Thema Sonnenstrom beantwortet Ali Boukhalifa, Geschäftsführer bei Pfalzsolar, Telefon (0621) 585-2506.

Weitere Infos gibt es unter www.pfalzsolar.de. ...

„Windkraft als **Chance begreifen**“

Windkraft spielt bei der Umstellung auf eine dezentrale Stromerzeugung eine entscheidende Rolle. Über das Potenzial für Kommunen hat *partner* mit kommunalen Entscheidern gesprochen.



ALEXANDER RUBECK
ist Bürgermeister der
Gemeinde Gersheim
im Saarpfalz-Kreis
(7.000 Einwohner).

ALEXANDER RUBECK: „Beim Thema Windenergie geht es zunächst darum, die Frage zu klären: Wo sollen Windräder überhaupt stehen? Deshalb ändern wir gerade unseren Flächennutzungsplan und weisen Vorranggebiete aus. Dabei zählt nicht nur das Windkraftpotenzial, sondern auch das Konfliktpotenzial. Obwohl grundsätzlich jeder für die Energiewende ist, kann sich das schnell ändern – wenn plötzlich ein Windpark in der eigenen Nachbarschaft entsteht. Wir werden uns auch daran gewöhnen müssen, dass sich das Landschaftsbild wandelt. Aber Politik und Investoren sollten nach Lösungen suchen, die möglichst alle Interessen berücksichtigen und von denen möglichst viele profitieren. Dazu gehört: Bürger finanziell an Projekten beteiligen und sie von Beginn an bei den Planungen einzubeziehen – unter Umständen die eigenen Konzepte zu überdenken. So erhöht sich die Akzeptanz, die wir dringend für die Energiewende brauchen.“

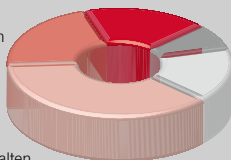


DIETER HARTMÜLLER
ist Ortsbürgermeister
der Gemeinde Göllheim
(3.700 Einwohner).

DIETER HARTMÜLLER: „In Göllheim verfolgen wir das Ziel, den Energiebedarf künftig zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien zu decken. Solarenergie nutzen wir schon, eine Biogasanlage befindet sich in Planung und bei der Straßenbeleuchtung wollen wir auf LED umrüsten. Jetzt folgt der nächste Schritt: Windenergie. Die Genehmigung für ein von uns vorgeschlagenes Gebiet steht noch aus. Windkraft begreifen wir als Chance, um die regenerative Stromerzeugung weiter voranzutreiben und die regionale Wertschöpfung zu erhöhen. Wenn Kommunen solche Projekte anpacken, profitieren sie finanziell, und im Haushalt gibt es wieder mehr Geld für andere Investitionen. Deshalb sollte eigentlich jeder Bürgermeister Interesse an Windenergie haben. Wichtig ist nur, den richtigen Investor zu finden. Ich hoffe, dass die Genehmigung bald kommt, damit wir das Projekt mit den Pfalzwerken zügig angehen können.“

Kommunale Gebäude mit Ökostrom versorgen:
eine Option für Sie?

- 8,0 % Wir beziehen bereits Ökostrom für unsere kommunalen Gebäude.
- 16,0 % Wir haben beschlossen, auf Ökostrom umzustellen, uns jedoch noch nicht für ein Produkt entschieden.
- 37,0 % Generell haben wir Interesse. Wir brauchen zum Thema Ökostrom aber noch mehr Informationen.
- 21,0 % Wir würden gern auf Ökostrom umstellen, die etwas höheren Kosten halten uns davon jedoch noch ab.
- 18,0 % Für uns ist Ökostrom derzeit keine Option.



INFORMATIONSBEDARF **VORHANDEN**

Ein Großteil aller Kommunen würde die Stromversorgung öffentlicher Liegenschaften gern auf Ökostrom umstellen, will sich aber erst noch mehr über die Möglichkeiten informieren. Das ergab eine Umfrage in der Online-Ausgabe des *partner* von Anfang November. Weitere 16 Prozent der Teilnehmer geben an, dass sie sich derzeit noch nicht für ein Produkt entschieden haben. Rund acht Prozent aller Befragten beziehen jetzt schon Ökostrom für kommunale Gebäude. Für fast jede fünfte Stadt und Gemeinde ist grüner Strom keine Option – zumindest derzeit. 21 Prozent der Voting-Teilnehmer würden hingegen umstellen, allerdings hält sie der etwas höhere Preis noch davon ab.



LED: Reif für die Straße

Aktuelle Langzeitstudien belegen: LED-Straßenleuchten bestehen den Alltagstest. Die Investition rechnet sich allerdings erst nach zehn bis zwölf Jahren, was viele Kommunen noch abschreckt.

Alte, ineffiziente Quecksilberdampflampen machen noch immer einen Anteil von rund 30 Prozent an den deutschlandweit 13,5 Millionen kommunalen Lichtpunkten aus – doch es werden weniger. So lautet ein Ergebnis der dritten Auflage einer Studie von trend:research, „Straßenbeleuchtung 2020“, die Mitte 2011 erschienen ist. Stattdessen, so erklärt das Bremer Institut, erhellen im Vergleich zu 2009 immer mehr Natriumdampflampen die Straßen und Plätze in Deutschland mit gelbem Licht. Ihr Anteil liegt aktuell bei knapp 50 Prozent. Dadurch hat sich der Strombedarf pro Lichtpunkt in Deutschland um 0,04 Euro pro Jahr

auf 0,30 Euro jährlich verringert. Zugleich sei das Interesse an Technik mit Licht emittierenden Dioden, kurz LED, im Vergleich zur 2009er-Vorstudie unter kommunalen Entscheidern deutlich gewachsen.

„**RUND 2.500 QUECKSILBERDAMPFLAMPEN** haben wir in der Region bereits ersetzt“, erklärt Carsten Wendel von den Pfalzwerken. Etwa durch Natriumdampflampen, die bis zu 35 Prozent weniger Strom verbrauchen. Bei LED-Lampen liegt das Sparpotenzial laut der trend:research-Studie sogar noch höher – bei Werten zwischen 40 bis 75 Prozent. Allerdings müssen Städte und Ge-

meinden bei der Umrüstung auf LED-Technik mehr investieren. „Die höheren Anschaffungskosten hemmen viele Entscheider derzeit noch, LED-Lampen anzuschaffen“, sagt Carsten Wendel. Nicht so in Vinningen: Die Kommune hat sich für die effizienteste Lösung entschieden – auch aus optischen Gründen. Denn bei gleicher Helligkeit erzielen LED eine bessere Farbauflösung und deutlichere Kontraste als Natriumdampflampen.

LED-LAMPEN bieten wegen ihrer geringeren Streuverluste zudem den Vorteil, dass sich klar definierte Bereiche zielgerichtet ausleuchten las-

Interview: Effizienz von LED wird weiter steigen



PROF. DR.-ING. TRAN QUOC KHANH von der Technischen Universität Darmstadt ist überzeugt, dass LED-Leuchten künftig günstiger werden.

LED-Lampen bergen ein großes Sparpotenzial – nun sind sie auch reif für den Alltagseinsatz in der Straßenbeleuchtung. Das haben Langzeittests bewiesen. *partner* hat mit Professor Tran Quoc Khanh von der Technischen Universität Darmstadt über die Vorteile der LED-Technik gesprochen. Seit 2006 leitet er das Fachgebiet Lichttechnik am Institut für Elektromechanische Konstruktionen und ist Experte für LED.

partner: Was zeigen die Erfahrungen mit LED-Leuchten im Einsatz auf der Straße?

Prof. Dr.-Ing. Tran Quoc Khanh: Langzeittests und der Einsatz im Alltag zeigen, dass die neuen LED-Straßenleuchten effizient arbeiten und eine hervorragende Lichtausbeute haben – wenn die Hersteller das thermische Management gut lösen und gute LED auswählen. Hinzu kommen weitere Vorteile: LED lassen sich stufenlos dim-

men und der Lichtstrom steht ohne Verzögerung zur Verfügung. Die ersten Langzeittests belegen außerdem, dass einige Leuchten über eine lange Lebensdauer verfügen. Es gibt aber auch einige Leuchtypen mit sehr kurzer Lebensdauer. Daher sollte man bei der Auswahl etwas Zeit investieren oder sich Hilfe von unabhängigen Laboren einholen.

Wie lassen sich die Vorzüge der LED-Technik in Zahlen ausdrücken?

Neueste LED-Straßenleuchtentypen, die an der TU Darmstadt von uns getestet wurden, haben eine gesamte Leuchtenlichtausbeute von 90 bis 95 Lumen pro Watt. Damit übertreffen sie die besten konventionellen Leuchten – und die Lichtausbeute wird wohl in Zukunft noch steigen und damit auch die Energieausbeute. Da LED dimmbar sind, lässt sich der ohnehin geringere Stromverbrauch zudem durch eine intelligente Steuerung der Straßenbeleuchtung weiter reduzieren. So kann zum Beispiel die Helligkeit abgesenkt werden, wenn weniger Fahrzeuge auf der Straße unterwegs sind.

Warum setzen trotz dieser Vorteile bisher nur wenige Kommunen LED-Leuchten ein?

Noch immer stecken wir im Anfangsstadium der Umrüstung. Es mangelt an Wissen über die Planung, Auswertung und Anwendung der LED-Straßenleuchten. Oft fehlen zudem die finanziellen Mittel. Zwar spart die Technik Energie und die laufenden Kosten sinken, aber die Anfangsinvestition ist relativ hoch. Mit ungefähr 550 bis 1.000 Euro je Leuchte müssen Kommunen kalkulieren. Bis sich diese Ausgabe wegen des geringeren Stromverbrauchs und der längeren Lebensdauer rechnet, vergehen sieben bis zehn Jahre. Doch der Preis für die Leuchten sinkt rasant, wenn die produzierte Stückzahl wächst. Dämpfend wirkt sich auf die Kosten auch aus, dass die Hersteller verstärkt an einer standardisierten Optik und Elektronik arbeiten. Zudem gibt es spezielle Finanzierungskonzepte von der KfW Bank oder dem Bundesumweltministerium, und einige Energiedienstleister bieten gut formulierte Contracting-Lösungen an.

sen. Die LED-Technik entwickelt sich weiter und neue Produkte renommierter Hersteller überzeugen im Alltagstest (siehe Interview auf dieser Seite). Kommunen, die das Geld für die neuen Lampen nicht selbst aufbringen können, helfen moderne Betreibermodelle weiter, wie sie die Pfalzerwerke Netzgesellschaft ihren kommunalen Partnern für die Straßenbeleuchtung anbietet.

... DIALOG INFO

Informationen rund um Straßenbeleuchtung und die verschiedenen Dienstleistungen der Pfalzerwerke Netzgesellschaft gibt es auch im Internet unter www.pfalzerwerke.de

LEUCHTENVERTRAG

Die Pfalzerwerke Netzgesellschaft schnürt kommunalen Partnern moderne, modular aufgebaute Straßenbeleuchtungsverträge – angepasst an gesetzliche Anforderungen in puncto Energieeffizienz. Städte und Gemeinden wählen Dienstleistungen nach Bedarf: von der Planung über den Betrieb und Störungsmanagement bis zur Instandhaltung. Die Pfalzerwerke-Experten empfehlen, Straßenlampen nach einer Betriebsdauer von 20 Jahren komplett zu sanieren. Eine Auswahl moderner LED-Lampen finden Interessierte im Pfalzerwerke-Lampenspark in Landau. Besichtigungstermine können mit dem jeweiligen Kommunalbetreuer ausgemacht werden.

Netzausbau stärkt **Wirtschaft**

Drei Jahre Bauzeit für höhere Versorgungssicherheit: Seit Mitte November ist das neue Umspannwerk Weingarten in Betrieb. Rund 16,3 Millionen Euro hat die moderne Anlage gekostet.



UMSPANNANLAGE WEINGARTEN: eine Investition ins moderne Stromnetz und in den Wirtschaftsstandort

Eine gut funktionierende Infrastruktur erhöht die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts. Dazu gehören nicht nur ein modernes Telekommunikationsnetz und eine gute Verkehrsanbindung. Mindestens genauso wichtig: ein zeitgemäßes Stromnetz, das die Versorgungssicherheit langfristig garantiert – so wie im Großraum Germersheim und Maximiliansau. Seit Mitte November transformiert dort das neue Umspann-

werk Weingarten Strom von 380 Kilovolt auf 110 Kilovolt für das Verteilnetz in der Region. Gemeinsam mit dem Dortmunder Übertragungsnetzbetreiber Amprion haben die Pfalzwerke die Anlage gebaut.

ETWA DREI JAHRE DAUERTE die Arbeiten am rund 16,3 Millionen Euro teuren Umspannwerk. Eine notwendige Investition, da sich der Energiebedarf in

der Region deutlich erhöht hatte – unter anderem im Industriegebiet um Wörth. „Bei solchen Modernisierungen des Netzes passen wir die Infrastruktur an die neuen Anforderungen an – wie auch an vielen anderen Stellen in der Pfalz. Damit sichern wir die Versorgung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, was sich positiv auf die Attraktivität des Standorts auswirkt“, erklärt Dieter Sroka von der Pfalzwerke Netzgesellschaft.

VORZUGSAKTIE **AUSGEGEBEN**

Die Pfalzwerke bieten Kommunen die Chance, Vorzugsaktien zu erwerben und sich damit am Unternehmensgewinn zu beteiligen. Göllheim, Herxheim und Schwegenheim haben diese Möglichkeit kürzlich genutzt und bekommen ab sofort eine Dividende ausgezahlt. Anfang November erhielten Bürgermeister Klaus-Dieter Magsig und Ortsbürgermeister Dieter Hartmüller aus Göllheim, Bürgermeister Franz-Ludwig

Trauth aus Herxheim und Bürgermeister Peter Goldschmidt und der Erste Beigeordnete Roland Haag aus Schwegenheim die Wertpapiere im Gesamtwert von 270.000 Euro. Dieter Hartmüller erklärt den Grund für den Erwerb: „Uns ist die sichere und nachhaltige Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Herzensangelegenheit. Deshalb haben wir auch dieses Mal das Angebot der Pfalzwerke angenommen.“



ANTEILE ÜBERREICHT: Die Pfalzwerke-Vorstandsmitglieder René Chassein (vorne links) und Dr. Werner Hitschler (rechts) mit den Kommunalvertretern bei der Übergabe der Vorzugsaktien in Ludwigshafen



RECHTSINFO

Ende 2010 hat die Netzstudie II der Deutschen Energie-Agentur (dena) belegt, dass die Kapazität des Übertragungsnetzes für die Energiewende in Deutschland nicht ausreicht. Um den Bau neuer Leitungen voranzutreiben, hat die Bundesregierung im Sommer das *Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (NABEEG)* auf den Weg gebracht. Es umfasst mehrere Änderungen bereits bestehender Gesetze und das *Netzausbaubeschleunigungsgesetz*. Dort legt der Gesetzgeber das Verfahren fest, nach welchem die Planungen für „länderübergreifende oder grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen“ und in besonderen Fällen auch „Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von mindestens 110 Kilovolt“ ablaufen sollen. Die Bundesnetzagentur prüft zum Beispiel, ob „öffentliche oder private Belange“ einem Trassenbau entgegenstehen. Um die Akzeptanz für neue Masten und Leitungen in der Nähe von Ortschaften zu erhöhen, hat die Bundesregierung im NABEEG auch die *Anreizregulierungsverordnung* geändert. Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) haben nun die Möglichkeit, Entschädigungen an Kommunen zu zahlen – etwa für Grundstücke, über die eine neue Trasse führt – und diese Kosten geltend zu machen. Bisher mussten ÜNB das auf eigene Rechnung machen. Das neue Gesetz schafft also auch finanzielle Sicherheit für Städte und Gemeinden.

Partnerschaft erneuert

Die Gemeinde Limburgerhof hat den Konzessionsvertrag mit der Pfalzwerke Netzgesellschaft verlängert. Die Erfahrung im Netzbetrieb und das Engagement für die Region gaben den Ausschlag.

Auch in den kommenden 20 Jahren setzt die Gemeinde Limburgerhof auf die bewährte Partnerschaft mit der Pfalzwerke Netzgesellschaft. Ende Oktober hat die Kommune einen neuen Stromkonzessionsvertrag und einen neuen Straßenbeleuchtungsvertrag unterzeichnet. Damit sichert sich die Gemeinde langfristig eine finanzielle Einnahmequelle und profitiert von einem flexiblen Vertrag für die Straßenbeleuchtung. Mindestens genauso wichtig: Ein erfahrener und regional verankerter Netzbetreiber kümmert sich auch zukünftig darum, dass das Stromnetz für die stetig steigenden Anforderungen der Energiewende gerüstet ist. Vor allem in ländlichen Gebieten stößt das Verteilnetz an die Grenzen seiner Kapazität. Denn während die ursprüngliche Aufgabe darin bestand, elektrische Energie in die einzelnen Ortschaften zu leiten, speisen heute dezentrale Anlagen zusätzlich Strom ins Netz ein. Deshalb stehen massive Investitionen in den Netzausbau und in eine intelligente Netzinfrastruktur, das sogenannten Smart Grid, an. „Wir freuen uns, dass Limburgerhof bei den anstehenden Aufgaben in Sachen

Netzbetrieb auf unser Know-how vertraut“, erklärt René Chassein, Vorstandsmitglied der Pfalzwerke.

Die gute Partnerschaft mit der Pfalzwerke Netzgesellschaft spielte bei der Entscheidung der Gemeinde eine wichtige Rolle. Für Bürgermeister Dr. Peter Kern zählte außerdem ein weiterer Aspekt: „Die Pfalzwerke sind weit mehr als nur ein gewinnorientierter Betrieb. Ihr Engagement für die Region und die Menschen hier beeindruckt.“



DR. PETER KERN (links), Bürgermeister der Gemeinde Limburgerhof, und **René Chassein**, Vorstandsmitglied der Pfalzwerke, bei der Unterzeichnung des Konzessionsvertrags

Vorsicht Denkfalle



**CARL HANSER
VERLAG GMBH &
CO. KG:**
2011, 256 Seiten,
14,90 Euro

Irren ist menschlich – und viele Menschen irren sich weitaus häufiger als sie glauben. Welchen Täuschungen jeder im Alltag erliegt und warum diese systematischen Trugschlüsse keine Schande sind, erläutert Rolf Dobelli in seinem Buch *Die Kunst des klaren Denkens: 52 Denkfehler, die Sie besser anderen überlassen*.

Unterhaltsam geht der Autor etwa folgenden Fragen auf den Grund: Warum überschätzen wir unser eigenes Wissen oftmals

und halten andere für dümmer, als sie tatsächlich sind? Und wieso halten wir verbreitete Theorien für richtig, obwohl sie bereits widerlegt wurden? Rolf Dobelli beantwortet diese Fragen und schildert plausibel, wie solche systematischen Denkfehler immer wieder zum privaten, beruflichen oder finanziellen Stolperstein werden können. Die Leser lernen, wie sie ihre eigenen Denkfehler entlarven, um rechtzeitig gegenzulenken und dem Irrtum aus dem Weg zu gehen.

Erneuerbare ans Netz



HEIKO GEISS ist bei der Pfalzwerke Netzgesellschaft für die Netzentwicklungsplanung zuständig.

Über 3.000 regenerative Anlagen wird die Pfalzwerke Netzgesellschaft 2011 ans Stromnetz anschließen. 2007 waren es noch etwa 1.250. Die Anforderungen an den Netzbetreiber steigen mit der Zahl der dezentralen Erzeuger. Ursprünglich war das Verteilnetz sozusagen als Einbahnstraße für die Stromversorgung der Kommunen ausgelegt. Inzwischen muss es auch den Strom der angeschlossenen dezentralen Einspeiser aufnehmen. Über die Herausforderungen hat *partner* mit Heiko Geiß von der Pfalzwerke Netzgesellschaft gesprochen.

partner: Welche Rolle übernimmt das Verteilnetz bei der Energiewende?

Heiko Geiß: Eine ganz wesentliche, denn die meisten Anlagen speisen ins Niederspannungsnetz ein. Kleine Erzeugungsanlagen – im Mittel mit einer Leistung von 10 Kilowatt (kW) – schließen wir aus technischen Gründen ans Niederspannungsnetz an. Anlagen ab einer Größenordnung von 300 kW speisen direkt ins Mittelspannungsnetz ein.

Wo liegt beim Anschluss ans Verteilnetz die Herausforderung für die Betreiber?

Im Niederspannungsnetz dürfen wir zum Beispiel bestimmte Maximalwerte der Spannung, die einer Norm unterliegen, nicht überschreiten. Mit jeder neu installierten Anlage steigt aber die

Spannung im Netz. Als Betreiber müssen wir bei der Planung und Genehmigung neuer Anlagen darauf achten, dass das Netz noch ausreichend Kapazität hat. Ist das nicht der Fall, müssen wir es an den betreffenden Stellen aufrüsten.

Wo sind diese Grenzen im Netzgebiet der Pfalzwerke Netzgesellschaft erreicht?

In einigen Regionen mit einer hohen Zahl regenerativer Anlagen bereits heute. Diese Netzabschnitte bauen wir je nach Bedarf kurz- und mittelfristig aus. Unser Ziel lautet, neu beantragte Anschlüsse möglichst schnell zu bearbeiten. Das gelingt leider nicht immer – etwa wenn der Ausbau von bestimmten Netzabschnitten für einzelne Anlagen unverhältnismäßig viel Geld kostet. Wir stellen dann den Antrag nur vorläufig zurück – und zwar so lange, bis weitere Anträge folgen. Nur so lässt sich der Netzausbau wirtschaftlich realisieren. Diese Entscheidung fällt nicht willkürlich. Der Gesetzgeber räumt Netzbetreibern das Recht dazu ein. Was „wirtschaftlich“ bedeutet, definiert die EEG-Clearingstelle, die zur Klärung von Fragen rund um das Erneuerbare-Energien-Gesetz eingerichtet wurde.

Gibt es daneben Kriterien für die Reihenfolge der Anschlüsse?

Nein, alle Anträge müssen wir diskriminierungsfrei und strikt nach Eingangsdatum bearbeiten. Auch legt das EEG fest, dass Netzbetreiber grundsätzlich alle Anschlusswünsche erfüllen müssen. Einzige Ausnahme: Wenn die Kosten für den Anschluss nach dem Votum der EEG-Clearingstelle wirtschaftlich nicht zumutbar sind, darf der Netzbetreiber davon abweichen. Ein Beispiel: Wenn wir eine komplett neue Leitung über eine lange Strecke verlegen müssten, um eine mittelgroße Fotovoltaikanlage weit abseits des bestehenden Netzes anzuschließen, brauchen wir nur den Anschlusspunkt bereitstellen. Die Kosten für die Leitung zur EEG-Anlage müsste der Betreiber dann selbst tragen. Ein Fall, der allerdings äußerst selten vorkommt.

KURZ GEMELDET

> Seit Kurzem finden Bauherren in der Gemeinde Mettenheim im Neubaugebiet Nordried I die Möglichkeit, ihren Traum vom eigenen Haus zu verwirklichen. Ende November haben die Pfalzwerke das neue Wohngebiet fertig erschlossen. Auf dem rund 2,6 Hektar großen Gelände hat der Energiedienstleister für etwa 1,6 Millionen Euro die Erschließung übernommen.

> Der Landkreis Kusel erneuert derzeit das Erich-Kästner-Schulzentrum in Schönenberg-Kübelberg und setzt dabei unter anderem auf eine Biomasseheizanlage. Die verfügt über eine Leistung von rund 350 Kilowattstunden und wird vom Bereich Energiedienstleistungen bei den Pfalzwerke installiert. Ein wesentlicher Vorteil dieser Lösung: Die Heizanlage verbrennt künftig den Grünschnittabfall aus dem Landkreis, um die Wärme für das Schulzentrum zu erzeugen.

DIE TERMINE

> Beim EnEff:Stadt-Kongress geht es am 17. und 18. Januar 2012 in Hamburg um geeignete Lösungsansätze für die kommunale Energiewende.

> Am 28. und 29. Januar informieren Aussteller in Kaiserslautern die Besucher der Umweltmesse umfassend zu den Themen Sanieren und Energieeffizienz.

> Das Deutsche Institut für Urbanistik lädt alle kommunalen Entscheider vom 27. bis 29. März nach Freiburg zum zweiten Kongress Energieautonome Kommunen ein.